EZB muss ethische Anlageprinzipien einhalten

"Die Europäische Zentralbank wird ihrer besonderen Vorbildfunktion, ethische Leitplanken am Finanzmarkt einzuhalten, nicht gerecht", kritisiert der Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer e.V. (BKU), Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel. Zehn Jahre nach dem Beginn der Finanzmarktkrise ist es nicht gelungen, die Finanzmärkte stärker am Gemeinwohl zu orientieren. Es fehlt an einer Reform des globalen Finanzmarktsystems, wie sie u.a. der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden von den Verantwortungsträgern fordert. Aufgabe der Finanzmärkte muss sein, einen Primat der Ethik wiederherzustellen. "Wirtschaft und Finanzmärkte sollten den Menschen helfen, sich selbst besser verwirklichen zu können?, betont Hemel.

"Die Europäische Zentralbank (EZB) erfüllt diese Vorgaben nicht." Das hat der Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der FHWS Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt, Prof. Dr. Harald Bolsinger, in einer Studie festgestellt. Das BKU-Mitglied stellt darin das europäische Bankensystem am Beispiel der EZB auf den Prüfstand. Sein Ergebnis: Die EZB akzeptiert Wertpapiere auch von solchen Emittenten, die den Grundrechten der Europäischen Union nicht gerecht werden.

Petition: Keine Anlagen, die gegen Grundrechte verstoßen

"Die EZB muss prüfen, welche ethische Qualität die von ihr akzeptierten und angekauften Wertpapiere haben", kritisiert der BKU-Vorsitzende Hemel. Gerade die Zentralbanken haben die Instrumente in der Hand, die Finanzmärkte zu einem Segen für die Menschheit zu machen. Dann darf man Banken allerdings nicht in einer Parallelwelt aus Korruption, Steuervermeidung, Umweltzerstörung und Ausbeutung von Menschen agieren lassen.

Eine Petition, die Harald Bolsinger in das Europäische Parlament eingebracht hat, (Petition Nr. 0429/2017), soll die EZB dazu veranlassen, die EU-Grundrechtscharta einzuhalten. Der BKU unterstützt das Anliegen und hofft, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger dieser Forderung anschließen. "Das kann durch die Bitte an Abgeordnete des Europäischen Parlaments geschehen, politisch aktiv zu werden, und durch Unterstützung der Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses", erklärt Hemel.